

Das fatale Signal

Von E. Noldus.

Am 2. 12. 2018 haben wir uns im zweiten Teil der kleinen Serie „Facetten eines Problems“ mit den Folgen der Einwanderung in die Sozialsysteme für die Kommunen des Ruhrgebietes befaßt. Seinerzeit – im Oktober 2018 – waren vor einem Duisburger Jobcenter öffentlichkeitswirksam Luxuskarossen beschlagnahmt worden, weil der Verdacht des Sozialbetruges im Raume stand.

In einem WAZ-Artikel vom 2. 2. 2019 heißt es lapidar: „Vier vor dem Duisburger Jobcenter beschlagnahmte Luxusautos sind wieder bei ihren Besitzern.“

Immerhin laufen die Verfahren auch in den vier (von insgesamt sieben) Fällen weiter. Streng nach Vorschrift waren die Fahrzeuge von Gutachtern auf ihren Wert hin untersucht worden (wer bezahlt die wohl?) Wer sich teure Wagen leisten kann, kann sich erst recht Anwälte leisten. Erich Rettinghaus, Vorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft, spricht von einem „fatalen Signal“:

„Die sagen sich jetzt: Die Polizei kann uns zwar kontrollieren, aber unser Vermögen kann sie uns nicht wegnehmen... Wir brauchen endlich die Beweislastumkehr. Bislang ist es so, dass wir den Kriminellen bis ins kleinste Detail nachweisen müssen, woher sie das Geld für ihre Autos haben, obwohl wir wissen, dass sie es nicht auf legalem Weg erwirtschaftet haben. Das muß sich umkehren.“

In den meisten Ländern „um uns herum“ sei die sogenannte Beweislastumkehr juristischer Standard. So aber würden die meisten Ermittlungen gegen Clans zur Farce:

„Diese Ermittlungen sind langwierig, kosten- und personalintensiv und müssen am Ende viel zu oft eingestellt werden... Es ist gut, dass wir Präsenz zeigen. **Wir müssen wieder wahrgenommen werden** und zeigen, dass wir nicht alles einfach so dulden. In den vergangenen zehn bis fünfzehn Jahren hat sich ein Vakuum gebildet, in dem kriminelle Clan-Strukturen entstanden sind. Jeder wußte davon und dennoch wurde zu wenig getan.“

Hinweis: Von 1995 bis 2017 wurde NRW von einer Koalition aus SPD und GRÜNEN regiert mit einem CDU/FDP-Intermezzo von 2005 bis 2010.

Auf web.de/magazine/politik hat der Islamwissenschaftler Ralph Ghadban am 8. 3. 2019 das Entstehen der Clans in Deutschland auf das Jahr 1975 datiert, als infolge des libanesischen Bürgerkrieges Libanesen nach Deutschland kamen. Zur gleichen Zeit lernte der Verfasser aus seinem Erdkundebuch, daß der Libanon die „Schweiz des Nahen Ostens“ genannt wurde, weil dort viele ethnische und religiöse Gruppen friedlich zusammenlebten.

Dr. Ralph Ghadban (69), geboren im Libanon, war Mitglied der ersten Deutschen Islamkonferenz sowie Mitgründer des Muslimischen Forums Deutschlands. Sein neuestes Buch heißt „Arabische Clans – Die unterschätzte Gefahr“ (Econ, 18 Euro).

Ghadban hat auf folgende interessante Punkte hingewiesen:

„Die Clans haben schnell gemerkt, dass ihnen ihre Gruppenauftritte in einer individualisierten Gesellschaft große Vorteile verschaffen. Der Einzelne ist ihnen praktisch ausgeliefert. Raubüberfälle, Drogenhandel, Schutzgelder, Prostitution: Überall, wo es etwas zu holen gibt, waren sie vertreten.“

In den letzten Jahren floriert für die Clans jedoch die Geldwäsche. Deshalb investieren sie in Restaurants, Shisha-Bars, Bäckereien und Immobilien.“

Auf die Frage von Paul Zinken, warum die Clans auffällig oft in SPD-regierten Bundesländern aktiv seien (Bremen, Berlin, Niedersachsen, NRW), antwortet Ghadban:

„Die genannten Länder haben in der Vergangenheit oft einen Abschiebestopp für Libanon-Flüchtlinge erlassen. So erhielten die abgelehnten Asylbewerber eine Duldung. Die Neuankömmlinge erhielten auf Antrag ebenfalls eine Duldung. Sie umgingen damit das reguläre Asylverfahren sowie das Verteilungssystem auf andere Bundesländer...

Am Anfang ahnte niemand, dass von Großfamilien eine Gefahr ausgehen könnte. Später, mit der Verbreitung von Multikulti in Deutschland, wollte man keine ethnischen Minderheiten stigmatisieren und diskriminieren. So durfte die Polizei beispielsweise keine ethnischen Daten in Verbindung mit der Kriminalität erheben. Damit war die Clankriminalität nicht mehr sichtbar und für die Ahndung ihrer Straftaten nicht mehr fassbar.

Frage: NRW-Innenminister Herbert Reul will die Clans mit kleinen, unangenehmen Maßnahmen bekämpfen. Beispielsweise will er rigoros Hygienemängel in clan-geführten Shisha-Bars verfolgen. Ist das eine kluge Strategie?

„Diese Maßnahmen sollen bei den Bürgern ein Gefühl der Sicherheit erzeugen. Ihre Effektivität ist aber aus zwei Gründen eingeschränkt: Erstens, weil sich Verwaltung und Opposition nach wie vor einer ethnischen Erfassung der Kriminalität widersetzen und zweitens durch das mangelhafte Gesetz für die Vermögensabschöpfung, das keine nützliche Beweislastumkehr beinhaltet...

...also eine Situation, in der die Clans belegen müssten, dass sie fragwürdiges Eigentum legal erworben haben.

Deshalb mussten die Behörden in der Vergangenheit beschlagnahmte Autos zurückgegeben. In Berlin ist es noch schlimmer. Der Staat hat Immobilien beschlagnahmt, die Mieten fließen aber weiter zu dem Clan. Wenn dann die Heizung defekt ist oder andere Reparaturen anfallen, muss der Staat mit Steuergeldern einspringen.“

Dem ist nichts mehr hinzuzufügen!